

## Elternschaftsvorbereitung - Neue Wege

**Oliver Freiling**

[Forum Gemeindepsychologie, Jg. 19 (2014), Ausgabe 2]

### Zusammenfassung

In meiner Tätigkeit an einer Erziehungsberatungsstelle, die eine enge Kooperation mit der Bezirkssozialarbeit einschließt, zeigen sich mir täglich weitreichende Folgen ungenügender Vorbereitung von Eltern auf ihre Elternrolle. Im folgenden Text reflektiere ich zunächst etwaige gesellschaftliche Ursachen, wie z.B. herrschende Ideologien und Rahmenbedingungen. Danach stelle ich bestehende Ideen zur Verbesserung dar und nehme zu möglichen Gründen des zähen Veränderungsprozesses Stellung. Zum Ende hin skizziere ich Möglichkeiten der Optimierung.

Schlüsselwörter: Kindeswohl, Elternschaft, Prävention, Vorbereitungskurse, Elternführerschein

### Summary

#### Parenthood Preparation - Following new paths

In my job at a family counselling centre, which includes a close cooperation with the youth welfare office, I daily encounter the far-reaching consequences of insufficient preparation of parents for their parenting role. In the following article, I will reflect on possible social causes such as prevailing ideologies and basic conditions. Furthermore, I will introduce existing ideas for improvement and will also comment on the possible reasons for the slow pace of progress. Finally, I will outline possibilities for optimization.

Key words: child welfare, parenthood, prevention, preparatory courses, parenting licence

### Vorwort

In der Diskussion über das Für und Wider angeordneter Elterntrainings unter Kollegen in der Kinder- und Jugendhilfe habe ich als Erziehungsberatungsmitarbeiter lange eher auf die Wichtigkeit der Selbstverantwortlichkeit der Klienten in der Annahme von Angeboten hingewiesen. In einer christlich konservativen und kinderreichen Familie aufgewachsen, gehörte es zum Allgemeinwissen, dass grundsätzlich alle Mütter Kinder angemessen aufziehen könnten. Zudem bin ich Vater mehrerer Kinder und weiß, wie schwierig es bisweilen ist, Ratschläge in Sachen Elternschaft einzuholen, ohne Beigefühle wie Versagen oder Misstrauen dem Ratgeber gegenüber zu erleben. In meiner beraterischen und therapeutischen Tätigkeit in der Kinder- und Jugendhilfe begegne ich regelmäßig Müttern und Vätern, die über eine längere Zeit einer kontinuierlichen Begleitung und Beratung bedürfen, um ihren Aufgaben als Eltern gerecht zu werden. Gravierender aber erlebe ich als ständiges Mitglied in Regionalen Fachteams der Bezirkssozialarbeit, dass nicht wenige Familien nicht einmal die Kompetenz mitbringen, in Notlagen bezüglich der Kindererziehung, diese zu erkennen und um angemessene Unterstützung zu ersuchen. Ich stelle mir deshalb die Frage, woran es liegen kann, dass einige so wenig und manche Eltern so viel an Begleitung, Beratung und Unterstützung in der Erfüllung ihrer Rolle benötigen. Es scheint mir keine Selbstverständlichkeit, dass wir Menschen für die Herausforderungen der Elternrolle grundsätzlich vorbereitet sind. In sehr vereinfachender und generalisierender Form lässt sich vielleicht auch feststellen, dass die Ansprüche an Eltern im Hinblick auf ihre Kinder gewachsen sind im Angesicht der durch die Medien immer sichtbarer werdenden Möglichkeiten (u.a.

die tägliche sportliche, musische, kulturelle, ethische, soziale Förderung der Kinder über Schule hinaus) und im Hinblick auf das eigene Leben beim Thema Selbstverwirklichung. Es gibt sicher auch zahlreiche Menschen, die diese Globalisierung an Möglichkeiten für sich zu nutzen wissen. Nur die offensichtlich unterschiedliche Befähigung im Umgang mit den veränderten Rahmenbedingungen des Lebens macht den Unterschied für diejenigen, die dem beschleunigten Anpassungsbedarf nicht hinterherkommen, umso spürbarer und lässt sie umso ohnmächtiger zurück. Wenn man sich beispielsweise die veränderte Bildungsbeurteilung im Zuge der PISAstudie anschaut, geht damit ein höherer Leistungsanpassungsdruck für Bildungspolitiker einher, der sich weiterreicht an die Schulen, deren Lehrer, deren Schüler und deren Eltern. Es gilt nicht mehr nur auf lokaler Ebene, im Rahmen der dortigen Gegebenheiten, zu konkurrieren, damit der einzelne Schüler später dort einen Platz in der Gesellschaft für sich beanspruchen könne. Wäre es noch so, dann besäße man einen Argumentationsspielraum, mittels dem man manche angewandte Maßnahmen lokal anpassen könnte. Doch nun gilt es, den Schüler darüber hinaus als Repräsentanten seiner Schule und seines Landes stärker in den Fokus zu rücken. Nicht das es grundsätzlich falsch ist für die Ehre eines Landes einzustehen. Aber wie bei Frauen, deren Rolle nicht mehr nur als Hausfrau oder als Berufstätige als ausgefüllt gilt, sondern mehr und mehr nur in Kombination, so geht auch für die Schüler, deren Eltern und den Lehrern ein erhöhter Aufwand damit einher, beiden Seiten der Medaille, dem eigenen Wohl und dem seiner Umwelt, besser gerecht zu werden. Und rechnet man hinzu, dass Schüler in ihren Leistungsvoraussetzungen heutzutage u.a. durch einen erhöhten Anteil an Scheidungs- und Migrantenfamilienhintergründen heterogener als noch vor Jahren sind, gleichzeitig aber immer homogenere (international vergleichbarere) Leistungen erbringen sollen, so überrascht es mich wenig, wenn ich in Betracht dieses Hintergrundes in meiner Arbeit auf ungenügend darauf vorbereitete Eltern treffe. Unter Kollegen gestehen wir uns bisweilen im Gefühl des Kampfes gegen Windmühlen ein, dass die Vernachlässigung der Vorbereitung der Eltern auf die sich verändernden und wachsenden Herausforderungen oft an Fährlässigkeit von Seiten der verantwortlichen Institutionen und deren verantwortungstragenden Personen grenzt. Und nicht nur aus fiskalischen Gesichtspunkten, das Einsparungspotential am Sozialen Haushalt ließe sich sicher über den Daumen veranschlagen, sondern vielmehr noch aus menschlichen und christlichen Erwägungen heraus. Doch das Thema ist weder neu noch mangelt es an Ideen zur Verbesserung, wie das im Übrigen bei vielen gesellschaftlichen Konfliktfeldern so der Fall ist. Führen wir uns beispielsweise die chronische Nahostkrise vor Augen, dann geht es in den Diskussionen zur Beilegung oft weniger um inhaltliche als vielmehr um strukturelle Belange, die die Wahrscheinlichkeit beeinflussen, ob wichtige Erfahrungen und Erkenntnisse aus den bisherigen Lösungsversuchen nachhaltige Konsequenzen zeitigen. Auch im Bereich überforderter Eltern oder überlasteter Sozialsysteme drängen sich durchaus vielversprechende Lösungsansätze auf. Die gezieltere Vorbereitung junger Menschen auf ihre Elternrolle beispielsweise. Daher frage ich mich, ob nicht auch im Falle der sehr zurückhaltenden Bereitschaft zur Vorbereitung auf Elternschaft andere Gesichtspunkte schwerer wiegen, als die mangelnde Überzeugungskraft der offensichtlichen Missstände. Ich wage die Hypothese, dass der Kern des stabilen Weiterbestehens solcher Problematiken, wie der ungenügenden Sensibilität für den Vorbereitungsbedarf auf Elternschaft, zu einem erheblichen Teil systemimmanent ist, d.h. dass die Folgewirkungen notwendiger Veränderungen das Bestehen des aktuellen Systems an sich bedrohen. Nun sind solche Überlegungen spätestens seit der Verbreitung der marxistischen Ideen nicht ganz neu und haben deutlich an Strahlkraft verloren. An dieser Stelle mag es darum notwendig erscheinen, meine ideologische Position zu verdeutlichen, damit es sich für den Leser gegebenenfalls besser dagegen argumentieren lässt. In Anlehnung an Kant orientiere ich mich an der Maxime: Gut ist, was für alle in ausgewogenem Maße passt. In Abgrenzung zum Egalitätsprinzip bedeutet es beispielsweise bezüglich des Schulsystems anstelle von "Gleiche Bedingungen für alle" eine Verschiebung in Richtung "Angemessene Bedingungen oder gleiche Chancen für alle", d.h. eine noch stärkere Berücksichtigung der jeweiligen Situationen und Ausgangsvoraussetzungen der Einzelnen.

## **Elternschaftsvorbereitung - Neue Wege**

Es liegt ein wohlbekannter Unterschied darin, ob jemand zum Psychiater oder in die Schule geht. Ein Außenstehender würde sich im ersteren Fall fragen, was der Person wohl fehle, im zweiten Fall fragte er sich das nicht. Handelte es sich bei der Schule um eine Förderschule, sähe das möglicherweise anders aus. Ähnlich könnte man bezüglich der Angebote zur Elternschaftsvorbereitung unterscheiden. Manche Angebote tragen zur Stigmatisierung der Nutzer bei, bei anderen Angeboten hingegen scheint die Inanspruchnahme Ausdruck von Selbstverantwortlichkeit und damit elterlicher Reife zu sein. Oft entscheidet allein die soziale Schicht der NutzerInnen darüber, ob ein Angebot als stigmatisierend wahrgenommen wird. Bei den Eltern, die als kompetent gelten, unterstreicht die Wahrnehmung solcher Programme ihre Kompetenz, während bei als defizitär angesehenen Eltern die Inanspruchnahme von Elternkursen, deren scheinbare oder tatsächliche Inkompetenz hervorhebt. Wenn wir als Gesellschaft Familien in Schwierigkeiten mit ihren Kindern erleben, wie nehmen wir das wahr und wovon gehen wir in erster Linie aus, was für Faktoren da hineinwirken? Erleben wir, dass Eltern eine gut zu bewältigende Herausforderung wahrnehmen, also die Chance nutzen, ihr Kind optimal für das Leben vorzubereiten? Nehmen wir einen Mangel an Fähigkeiten der Eltern wahr, eine ungenügende genetische Disposition, beispielsweise bei Migrantinnen, ihre Kinder gesellschaftlich fit machen zu können? Oder besteht aus unserer Sicht einfach nur ein Unterschied an Fertigkeiten bei Eltern, vergleichbar mit einer unterschiedlichen finanziellen Ausstattung? Einer Herausforderung stellen sich unterschiedliche Menschen in unterschiedlicher Weise, die meisten Menschen aber überwiegend selbststeuernd und selbstregulierend. Man macht seine eigenen Fehler und lernt daraus fürs Leben. Es besteht also für jede Einzelne, jeden Einzelnen die Möglichkeit, Fehler zu machen. Dies für sich genommen ist noch keine ausreichende Legitimation, dass sich die Gesellschaft in einen so privaten Bereich, wie die Kindererziehung, die zudem grundgesetzlich als elterliche Aufgabe geschützt ist, einzumischen. Das Erklärungsmodell setzt aber voraus, dass Eltern ihrer Elternschaft naturwüchsig irgendwann gerecht werden, so wie jedes Kind irgendwann nicht mehr einnässt. So wie in der Marktwirtschaft der Markt alles regelt. Nur bleibt die Frage des Zeitrahmens und des Ausmaßes offen, wie lange und was genau es heißt, "Fehler machen zu dürfen". Und welcher Konsequenzen es bedürfe, sollte doch einmal ein Vater oder eine Mutter außerhalb des naturwüchsigen Rahmens agieren. Ein anderes Erklärungsmodell geht nicht von der Naturwüchsigkeit der Elternkompetenz aus, sondern von einer angeborenen Disposition, sich grundsätzlich Elternkompetenz aneignen zu können, solange dafür die Voraussetzungen gegeben sind. In diesem Modell muss man zwei Positionen voneinander unterscheiden. Die eine vertritt die These der individuell unterschiedlichen Ausprägungen der Disposition zur Aneignung von Fähigkeiten. Die andere vertritt die These der generell ähnlichen Disposition zur Fähigkeitsaneignung. Stünde, entsprechend der individuell unterschiedlichen Ausprägung der Disposition, ein angenommener Mangel an der Fähigkeit, Elternschaftskompetenz zu erlangen, im Vordergrund, dann könnte eine Lösung darin liegen, in Entsprechung zum Intelligenz-Quotienten einen Eltern-Quotienten zu etablieren, um die Super- von den Minderbegabten-Eltern besser zu unterscheiden. Hierdurch könnte der Staat viel Geld im Bereich Soziales einsparen. Beispielsweise könnte man allen Erwachsenen mit einem Eltern-Q unter 80 das Recht auf Elternschaft drastisch einschränken. Dann bräuchte es bald weniger Jugendämter, kaum Erziehungsberatungsstellen und sonstige Institutionen im Bereich Kinder und Familien. Würde man hingegen als den wesentlichen Faktor den Mangel an erlernten Fertigkeiten bezüglich der Elternschaft betrachten, dann läge eine Lösung für das offensichtliche Phänomen, dass viele Eltern Unterstützung und Begleitung bei der Erziehung ihrer Kinder brauchen, darin, Elternschaft zu lehren. Nun bin ich mir bewusst, dass Elternschaft im hiesigen Staat, aber auch anderswo, ideologisch nicht unbelastet ist. Darum wird ein Ansinnen, Elternkompetenz genau zu definieren und aus der Definition Konsequenzen für den Fall zu benennen, sollten diese nicht in genügendem Maße bestehen, u.a. von manch geistlichem Würdenträger nicht gut aufgenommen werden. Ich möchte hier darauf verweisen, dass meine Überlegungen nicht etwa einer grundsätzlichen Gegenposition zu vorherrschenden Ideologien entspringen. Denn wenn auch manche meiner Darlegungen durchaus generalisierend und polemisch klingen mögen, geht es mir eher um eine Vertiefung und Verknüpfung der unterschiedlichen Positionen, im Geiste der Maxime: Gut ist, was für möglichst alle in ausgewogenem Maße passt. Aber was passt im Sinne der Elternkompetenz für alle in möglichst ausgewogenem Maße? Was braucht ein Kind, damit es sich adäquat und altersgemäß zu einem selbstverantwortlichen, gesellschaftsfähigen und weitestgehend zufriedenen und ausgeglichenen Erwachsenen entwickeln kann? Welche Fragen sollten uns begleiten? Auf welche

Zwischenziele müsste der Weg dahin ausgerichtet werden und welches könnten die Startbedingungen sein? Worauf gilt es im Hinblick auf einen möglichst ausgewogenen Umgang mit Kindern zu achten?

1. Was braucht ein Erwachsener an Möglich- und Fähigkeiten (Ressourcen), an Wissen und Fertigkeiten, um ein Kind adäquat zu fördern und zu begleiten?
2. Welches sind die Mindeststandards bezüglich der gegebenen Ressourcen? Unter welchen erworbenen Wissensbeständen und Fertigkeiten der Eltern ist die Wahrscheinlichkeit ausreichend hoch, dass die Eltern der Herausforderung gewachsen sind, ihr Kind bzw. ihre Kinder adäquat und altersgemäß in ihrer Entwicklung zu fördern?
3. Welche anderen Bedingungen unter denen ein Kind lebt, tragen zu der ausreichenden Wahrscheinlichkeit bei, dass Eltern dieser Herausforderung gewachsen sind?
4. Woran können Eltern sowie verantwortliche Außenstehende frühzeitig erkennen, dass Ressourcen und Fertigkeiten nicht im ausreichenden Maße vorhanden sind?
5. Welcher konkrete Unterstützungs- und Förderbedarf tut sich unter (4) für die jeweiligen (potenziellen) Eltern auf?
6. Welche möglichen Konsequenzen (fiskalische, strafrechtliche, gesellschaftliche) könnten und sollten diesen Prozess unterstützen?
7. Welche Konsequenzen sollten, aufgrund von kontraproduktiver Wirkung, vermieden werden? In welchen Bereichen droht beispielsweise einem Elternteil mit Förderbedarf die Exklusion zum Randgruppenanwärter?

Hinter all diesen Fragen steckt die Idee der sozialen Reife. Denn Menschen zu schulen, bevor man ihnen Verantwortungen überträgt, insbesondere dann, wenn die unangemessene Wahrnehmung der Aufgaben einschneidende Folgen für das Wohlergehen und die Gesundheit anderer hat, hat durchaus Tradition. Niemandem käme z.B. in den Sinn, den Autoführerschein abzuschaffen und zu verkünden, ein Auto zu fahren sei eine angeborene Begabung des Menschen, deren Übung es nicht bedürfe. Dennoch bleibt es weiterhin eine konsequenzenreiche Einschätzung der Gesellschaft, dass der Mensch (oder präziser die Frau) grundsätzlich in der Lage sei, d.h. ein Talent besitze, *adäquat mit Kindern umzugehen*, das keinerlei routinemäßiger Vorbereitung und Übung bedürfe. Noch immer registrieren wir weitgehend rat- und tatenlos, dass sich trotz kostenintensiver Interventionsmaßnahmen im Umgang von Eltern mit Kindern weiterhin zeigt, dass die *tatsächliche Fähigkeit* mit dem *angenommenen Talent*, *adäquat mit Kindern umgehen zu können*, nicht immer miteinander in Einklang zu bringen ist. Und diesen Umstand erklären wir uns unbekümmert damit, dass es eben Abweichler von der Norm gibt, anstatt in Erwägung zu ziehen, dass das, was wir als *Norm* annehmen, einer Neubewertung bedarf. Denn könnte es nicht sein, dass ungenügende Erziehungskompetenzen vieler Eltern Ausdruck unzureichender Vorbereitung junger Menschen auf ihre Elternrolle sind und nicht, wie bisher unterstellt wird, Ausdruck eines sozialen Defekts bzw. einer psychischen Erkrankung? Die mythische Überhöhung der Mutter und all die damit verbundenen Implikationen würden eine Neubewertung erfahren, von der sich gewiss nicht jeder einen Nutzen verspricht. Wie bei dem Genie, dem man (zumindest in Deutschland lange) nachsagte, es sei nicht erlernbar (man richtete seinen Blick auf Goethe, Schiller und Kant), gibt es Mütter, wird man einwerfen, die ohne vorherige Ausbildung durchaus mit ihren Kindern klarkommen. Ich weiß, als Mann lässt sich das leicht in Zweifel ziehen, denn Männer werden ohnehin noch sehr weitläufig von der Annahme ausgenommen, sie seien genetisch befähigt, Kindern gerecht zu werden. Doch hätte man beispielsweise Männer vor der Einführung des Autoführerscheins gefragt, ob es einer Prüfung bedürfe, um ihnen die Fahrerlaubnis zu gewähren - es ist nur eine Vermutung - sie hätten ähnlich reagiert, wie wenn man die Mitmenschen fragt, ob es einer Prüfung bedürfe, um Eltern die Aufzieherlaubnis von Kindern zu erteilen. Nun wurde die Einführung des Autoführerscheins u.a. aufgrund der wachsenden Anforderungen an die Fahrer sowie die steigenden Opferzahlen und Kosten, die durch fehlerhaftes Fahrverhalten verursacht wurden, notwendig. Man müsste also zumindest eine gewachsene Anforderung an die Elternschaft und ein Ansteigen sozialer Kosten aus Fehlverhalten feststellen, damit die Analogie in ihren Konsequenzen wirklich greifen kann.

Dass ich der Ansicht bin, die Anforderungen an Eltern seien auf dem Hintergrund des globalisierten Anpassungsdrucks gestiegen, habe ich bereits weiter oben dargelegt. Aber auch im Hinblick der gestiegenen allgemeinen Kosten gewinne ich aus zahlreichen Gesprächen mit KollegInnen aus der Kinder- und Jugendhilfe und aus der täglichen Konfrontation mit dem enormen Aufwand zur Schadenseindämmung (Frühförderstellen, Mutter-Kind-Einrichtungen, Heilpädagogischen Tagesstätten, Beratungsstellen, Kinderkliniken, Heime, Pflegefamilien, und ... und ... und ...) mehr und mehr den Eindruck, dass der betriebene Aufwand mit der Wirksamkeit und dem Nutzen in keinem angemessenen Verhältnis steht. Angesichts der gewachsenen Anforderung an Eltern und begrenzter und knapper werdender staatlicher Mittel rund ums Thema "Ermöglichung einer kindgerechten Entwicklung" taucht in Gesprächen immer wieder die Idee auf, es bräuchte für potentielle Eltern so etwas wie eine Zugangsbeschränkung. Eine Idee, die eher aus pragmatischen, denn aus idealistischen Erwägungen resultiert, vielleicht auch zum Teil im Sinne der Psychohygiene, um im Rahmen mancher zynischen gesellschaftlichen Erwartungen den Kopf über Wasser zu halten.

Um ein Beispiel zu nennen:

Als Berufseinsteiger nach meinem Psychologiestudium wurde ich in einer Münchner HPT als Psychologe für eine achtköpfige Gruppe angestellt, die sich aus Jungs zwischen 11 und 13 Jahren zusammensetzte. Sie alle hatten unterschiedliche ADHS-Diagnosen. Zum größeren Teil sollten die Jungs zudem wegen Legasthenie, Dyskalkulie sowie weiterer Lern- und Leistungsdefizite behandelt werden. Weitere therapiebedürftige Beschwerden umfassten Kriegstraumata, aggressive Übergriffe durch Elternteile, soziale Ausgrenzung und einiges mehr. Vielleicht kann man meine Überraschung verstehen, als ich in den Hilfeplänen las, dass der gesamte therapeutische Bedarf dieser Jungen von mir in einer Stunde pro Woche pro Junge gedeckt werde. Natürlich war ich auch geschmeichelt, dass man mir derartige Fähigkeiten zutraute, trotz der Tatsache, dass diese sich keineswegs aus meinem schriftlichen Lebenslauf ergaben. Ich hatte weder eine Ausbildung als Kinder- und Jugendtherapeut noch sonstige Weiterbildungen zu Lern- und Leistungsproblematiken. Allein mein abgeschlossenes Studium der Psychologie reichte als Qualifikation.

Aufgrund solcher real existierender Rahmenbedingungen fürchten viele in der Kinder- und Jugendhilfe Tätigen, dass die Benennung der Notwendigkeit eines Elternführerscheins nicht im allgemeinen gesellschaftlichen Interesse stehe. Es gilt als wenig realistisch, sowohl diejenigen, die es finanzieren müssten, als auch die potentiellen Eltern dafür zu gewinnen. Zum einen werden zusätzliche Kosten verursacht und zum anderen mangelt es der Einmischung sozialer Institutionen an einem guten Ruf. Dass sie sich überhaupt einmischen ist meist schon unerwünscht genug - allein in den Familien, in denen etwas passiert, hätten sie sich schneller und umfassender einmischen sollen. Es wird auch gern die Frage aufgeworfen, warum es denn ausgerechnet jetzt eine solche Maßnahme bräuchte. Früher sei man doch auch ohne sie ausgekommen. Hier möchte ich erwidern, dass Veränderungen durchaus Tradition haben. Selbst unsere Vorstellungen über die Kindheit sind neueren Datums, aus denen sich Überlegungen und Anforderungen an das Elternsein ergeben, die vor 500 Jahren niemand verstanden und deshalb auch keine Fähigkeiten und Fertigkeiten hierzu vermisst hätte. Dann wird gesagt, die Entwicklung der Kinder sei doch bisher in überwiegender Anzahl *gut* (wie auch immer man dies definiere) verlaufen und die Mehrheit der Entwicklungen von Kindern nähme noch immer einen *normalen* Verlauf. Doch ebenso wie sich der materielle Gegenwert zur Währung beständig verändert (Inflation-Deflation), ebenso verändern sich mit der Zeit auch die Bedeutungen von dem, was als *gut* und von dem, was als *normal* angesehen wird. Es gab sicher eine Zeit, in der das, was Mütter und Väter ihren Kindern naturwüchsig an Pflege angedeihen ließen, als *gut* und *normal* im Sinne von adäquat angesehen wurde, und dessen Ausreichen ließ sich aus den Notwendigkeiten dieser Zeit auch herleiten. Doch haben sich

Herausforderungen der Gesellschaften gewandelt, ebenso wie die Ansprüche der Gesellschaft an seine einzelnen Mitglieder. So ist oft das, was einmal *gut* war (bspw. Disziplin und Gehorsam), nur mehr *gerade noch ausreichend*, und der große Umfang, der die *Normalität* in sich fasste, in mehrmaligem Gürtelengerschnallen nicht mehr gar so umfangreich. Ein Hauptschulabschluss garantiert schon lange nicht mehr den Zugang zu einem anständigen Job und der Zappelphilipp ist mittlerweile eine diagnostizierte psychische Krankheit. Ebenso könnte es sich mit der Befähigung der potentiellen Eltern für ihre Elternschaft verhalten, sie ist eventuell nicht mehr adäquat und bedarf eines Updates oder eben einer zeitgemäßen Vorbereitung auf die Elternschaft. Doch es ist das alte Dilemma, das zumindest denjenigen bekannt ist, dessen Kinder bereits in der Pubertät sind oder waren. Der Jugendliche (wie der Staat, der Ottonormalbürger, jede Bank und jedes Unternehmen) will in allem selbstbestimmt bleiben, niemand soll ihm dreinreden. Für die Behebung daraus resultierenden Schadens aber dürfen die Eltern (der Staat oder im umgekehrten Fall die Bürger) aufkommen. Sie hätten ihn ja besser wappnen sollen. Was aber keinesfalls insofern missverstanden werden sollte, als dass die Eltern (der Staat oder im umgekehrten Fall die Bürger) von da ab mitreden dürften. Und wie so oft im Leben hat beides seine Berechtigung. Der Jugendliche (wie der Staat, der Ottonormalbürger, jede Bank und jedes Unternehmen) muss die Selbstbestimmung in der Praxis erlernen und die Eltern (der Staat oder im umgekehrten Fall die Bürger) müssen ihn dazu ermutigen und unterstützen. Ein fairer Kompromiss aus beidem ist, dem Jugendlichen (wie dem Staat, dem Ottonormalbürger, jeder Bank und jedem Unternehmen) schrittweise in dem Maße Freiraum zuzugestehen, in dem er seine Kompetenz beweist, die Folgen seines Handelns abschätzen und mögliche Schäden selbst begleichen zu können. Was für Jugendliche gilt und für jede Bank, jedes Unternehmen und den Staat gelten sollte, kann auch für den Ottonormalbürger nicht gänzlich falsch sein. Im Falle der Elternschaft gäbe es meines Erachtens beispielsweise die Möglichkeit, werdende Eltern neben den ärztlichen Untersuchungen und Geburtsvorbereitungskursen auch Feinfühligkeitstrainings bezüglich der Bedürfnisse von Säuglingen und Kindern in anderen Entwicklungsabschnitten zu finanzieren; und die Befreiung von der Teilnahme an solchen Kursen unter Auflagen zu stellen.

*Was für ein bürokratischer und finanzieller Aufwand, wird manch einer sagen, außerdem lässt der gläserne Mensch grüßen. Wenn da nicht wieder allenthalben Veruntreuungen und Missbrauch Vorschub geleistet werden. Außerdem bekommen die Deutschen auch so schon viel zu wenig Babys - ist mir bewusst und eigentlich fehlt hier noch - ein deutscher Alleingang im internationalen Geflecht wirkt sich womöglich kontraproduktiv aus und außerdem gefährdet das Arbeitsplätze - ja mei, sagen mir viele Eltern von Jugendlichen, warum begreifen unsere Kinder das, was wir ihnen beibringen sollen, nicht einfach ganz von selbst?*

Nun lehrt uns die Erfahrung, dass sich Probleme nicht immer von allein lösen. Aber es gibt Erfahrungswerte darüber, unter welchen Bedingungen sich positive Entwicklungen eher einstellen, als auch darüber, welche Bedingungen einer solchen Entwicklung hinderlich sind. Darum will ich das Rad nicht neu erfinden, vielmehr greife ich bei der "Entscheidung für Maßnahmen" und dem "Wie der Umsetzung" auf Bewährtes zurück. Weiter oben zog ich bereits die Parallele zum Autoführerschein. Gemeinsam mit diesem hat auch der Elternführerschein Vorbilder. Ihnen beiden ist zunächst einmal der Gedanke von der Entwicklung von Fertigkeiten grundgelegt. Die Idee, dass der Mensch mit unausgereiften Potentialen auf die Welt kommt und diese im Laufe seines Lebens ausreifen kann und sollte, findet sich bereits bei Aristoteles. Dieser Standpunkt grenzt sich von dem Gedanken ab, ein Mensch habe gewisse Fähigkeiten oder er habe sie eben nicht, sei mithin in seinem Vermögen festgelegt. Nun lässt sich darüber streiten, ob nicht jeder sehr unterschiedliche Potentiale mit sich trage, doch diesen Punkt kann man nur dann klären, wenn ihre Ausreifung tatsächlich begleitet und kontrolliert wird. In dem Zusammenhang ist noch wichtig, ob der Mensch die Ausreizung seiner Möglichkeiten aus freien Stücken tue (es also auch unterlassen könne) oder, wie Aristoteles es sah, automatisch und allein aus seiner Veranlagung heraus. Die Rechtsprechung der meisten Staaten bezieht in der Hinsicht einen klaren Standpunkt. Sie gehen von dem Menschen als einem für sein Handeln Verantwortlichen aus, den es zur Rechenschaft zu ziehen gilt. Sie umgehen dabei geflissentlich Kants Feststellung, dass der Mensch sich grundsätzlich schwer tue, sich aus seiner unverschuldeten Unmündigkeit zu befreien und kaum

in der Lage sei, die Verantwortung für sein Handeln zu tragen. Eben diese nahm Humboldt aber zum Anlass, für eine allgemeine Schulpflicht zu werben. Erfahrungen machte der Mensch auch vorher schon, er lernte mehr informell, doch stand dieses Lernen in der Regel in enger Beziehung zu seinen äußeren und inneren Bedingungen und wies somit eine größere Streuung, d.h. vielfältigere Unterschiede, auf. Der Gedanke einer grundlegenden Bildung hatte zum einen den Zweck, die Menschen so in ihrer Entwicklung zu unterstützen, dass die Mitmenschen sie für ihr Tun zur Verantwortung ziehen durften (was sie ohnehin schon immer taten). Zudem war er attraktiv, da ihm der tiefer greifende Sinn innewohnte, Missverständnissen zwischen Menschen vorzubeugen und komplexere Interaktionen in größeren Gemeinschaften zu ermöglichen, z.B. die allgemeine Kriegsführung. Mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht wurde gewährleistet, dass die Entwicklung aller Teilnehmer der Gemeinschaft nun für alle soweit vergleichbar strukturiert war, dass der Einzelne sich nicht mehr so leicht mit "Missverständnissen" herausreden konnte. Es galt den Vordenkern als wünschenswert, wenn die Gemeinschaftsmitglieder von da ab im Sinne einer Leitkultur einen gemeinsamen Nenner besitzen, was Erfahrungen, Erlebnisweisen, Sprache, Begriffsdefinitionen, Identitäten und vieles andere betraf. Um auf die "Entscheidung für Maßnahmen" und das "Wie der Umsetzung" zurückzukommen, auch die Elternschaftsvorbereitung stellt sich in diese Tradition und reiht sich direkt hinter den erkannten Bedarf an allgemeiner sexueller Aufklärung ein. Gleichfalls wie bei diesem Bedarf, bietet sich auch für den Bedarf an Elternschaftsvorbereitung die Aufnahme in den schulischen Lehrkanon an. Ob nun, wie die Sexualkunde im Fach Biologie, als Untereinheit eines bereits bestehenden Faches oder als obligatorische Zusatzeinheit, z.B. als Halbjahreskurs, im vorletzten oder letzten Schuljahr. Dies gilt es abzuwägen. Zusätzlich könnte das Angebot eines Auffrischkurses es den Frauenärzten erleichtern, bei der Feststellung einer Schwangerschaft eine Teilnahme an einem solchen Kurs verpflichtend nahezulegen.

Bei diesem Diskussionsbeitrag handelt es sich um eine Momentaufnahme. Der Austausch über das Thema hat weder umfassend, noch abschließend stattgefunden. Der Beitrag ist mehr gedacht als Anregung über Möglichkeiten schrittweiser Veränderungen nachzudenken, in der Hoffnung die Diskussion darüber fortführen zu können.

## **Autor**

**Oliver Freiling**

[Oliver.Freiling@bitte-keinen-spam-web.de](mailto:Oliver.Freiling@bitte-keinen-spam-web.de)

Mein Name ist Oliver Freiling, ich bin 40 Jahre alt, verheiratet und habe drei Kinder.

Ich arbeite als Psychologe und Familientherapeut in einer Erziehungs- und Familienberatungsstelle. In meiner Diplomarbeit und darüber hinaus beschäftige ich mich mit dem Thema der Menschenverständnisse in der Psychologie und deren Auswirkungen.